

# **Erklärung der 6. Landesgesundheitskonferenz NRW 10.10.1997 in Bielefeld**

## **Erläuterungen**

### **Standortfaktor Gesundheitswesen als Beschäftigungsmotor sichern und entwickeln**

Die Landesgesundheitskonferenz NRW als Repräsentanz des selbstverwalteten Gesundheitswesens auf Landesebene, in der die wesentlich Verantwortung tragenden Organisationen und Institutionen vertreten sind, hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1992 intensiv mit den Möglichkeiten der Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in NRW befaßt.

Die Beteiligten haben sich im Rahmen jährlicher Konferenzen selbst verpflichtet, Lücken in der Versorgung zu schließen, Effizienzreserven auszuschöpfen, den Gedanken der Prävention zu stärken, eine flächendeckende Qualitätssicherung aller medizinischen Leistungen zu gewährleisten sowie die Transparenz des Gesundheitswesens zu erhöhen.

In diesem Jahr steht der positive Beitrag des Gesundheitswesens für Gesellschaft und Wirtschaft im Vordergrund. Die 6. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen konstatiert in diesem Zusammenhang ein deutliches Mißverhältnis: Trotz des international anerkannt hohen Leistungsstands wird das Gesundheitswesen in der öffentlichen Diskussion zu häufig mit den Begriffen Kostenexplosion oder Belastung für die Volkswirtschaft in Verbindung gebracht. Diese Einschätzung wird der Realität nicht gerecht. Sie verstellt den Blick auf die positiven Potentiale des Gesundheitswesens als Standortfaktor.

Angesichts der aktuellen Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ist die Feststellung von besonderer Bedeutung, daß das Gesundheitswesen als eine der zukunftssträchtigen Wachstumsbranchen volkswirtschaftlich erwünschte Investitionen bewirken und Beschäftigungschancen eröffnen kann.

Bereits heute läßt sich die Wirtschaftskraft des Gesundheitswesens im umfassenden Sinn in NRW auf knapp 100 Mrd. DM beziffern, ca. 800.000 Arbeitsplätze stehen zur Verfügung. Während in den letzten Jahren in anderen Branchen Arbeitsplätze in größerem Umfang abgebaut wurden, konnte das Gesundheitswesen in erheblichem Maße dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen, um damit die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Das Gesundheitswesen wird Beschäftigung auch in Zukunft sichern. Es zeigen sich folgende Trends:

Der Altersaufbau der Bevölkerung in Verbindung mit der generellen Zunahme chronischer Erkrankungen wird zukünftig Gesundheitspflege noch verstärkt notwendig machen.

Die zunehmende Vereinzelung und die Auflösung traditioneller Beziehungsstrukturen erfordern künftig verstärkte Angebote an Gesundheitsdienstleistungen außerhalb der Familien.

Mit steigendem Gesundheitsbewußtsein kann die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen überdurchschnittlich wachsen. In einer sozial gerechten Gesellschaft muß dies für alle Teile der Bevölkerung gelten können.

Die hohe Innovationskraft der Medizin ermöglicht ein Angebot qualifizierter und wirkungsvoller Leistungen, die Krankheit vermeiden helfen bzw. Linderung und Heilung ermöglichen. Nicht zu unterschätzen sind auch die Auswirkungen auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und deren Export.

Die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme des deutschen Gesundheitswesens, in dem Effizienzbemühungen fortgesetzt werden müssen, sind nicht angemessen mit dem Begriff der Ausgabenexplosion erklärt. Struktur- und Steuerungsprobleme sind zu lösen und es läßt sich eher eine Einnahmekrise feststellen, die auf die sinkende Lohnquote und die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist und die Lohnnebenkosten zusätzlich belastet. Von daher sind Möglichkeiten zur Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen zu sondieren und die ausschließliche Anbindung der Einnahmen an den Faktor Arbeit zu überprüfen.

Das Gesundheitswesen trägt auch erheblich zum gesellschaftlichen Ausgleich und zum sozialen Frieden bei. Viele Leistungen des Gesundheitswesens sind nicht unmittelbar sichtbar oder werden meist wie selbstverständlich hingenommen. Gesunde Menschen sind eher in der Lage, produktiv am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Kreativität und die Leistungsbereitschaft der Bürger hängt in hohem Maße von dem sicheren Gefühl ab, gegen das zentrale Lebensrisiko Krankheit ohne existenzielle oder finanzielle Bedrohung abgesichert zu sein.

Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt in diesem Zusammenhang alle Anstrengungen der Kommunen und Regionen, die auf das Gesundheitswesen als Wirtschaftsfaktor setzen. Diese Initiativen helfen, den notwendigen Strukturwandel in unserer Gesellschaft zu bestehen.

Damit das Gesundheitswesen in Zukunft seine Beschäftigungspotentiale entfalten kann, sind allerdings gewisse Voraussetzungen zu erfüllen. Dazu zählt insbesondere die gesellschaftspolitische Aufgabe, ein sozial verpflichtetes Gesundheitswesen zu erhalten und die solidarische Krankenversicherung zielgenau und zukunftsfest zu machen. Der Prävention ist dabei ein angemessener Stellenwert beizumessen. Die Krankheitsrisiken müssen abgesichert bleiben. Alle Anstrengungen zur Erweiterung der Gesundheitsleistungen über den Leistungskatalog der GKV hinaus sind zu begrüßen, wenn eine Abgrenzung zwischen solidarisch und privat zu finanzierenden Leistungen vorgenommen wird. Die Politik muß aktiv darauf hinwirken, daß Gesundheit in allen Bereichen der Gesellschaft gefördert wird. Dies gilt insbesondere für die Sozial- und Bildungs-, die Familien-, Agrar-, Umwelt- sowie Verkehrspolitik.

Die Landesgesundheitskonferenz NRW fordert deshalb einen deutlichen Bewußtseinswandel: Unter den genannten Bedingungen ist das Gesundheitswesen ein Hoffnungsträger der Zukunft. Es kann zur Bewältigung und zur Lösung der gegenwärtigen Strukturprobleme unserer Gesellschaft beitragen, indem es insbesondere neue Beschäftigungsfelder eröffnet. Die diesjährige Landesgesundheitskonferenz und weitere geplante Aktivitäten im Lande NRW sollen dazu beitragen, ein verändertes Bewußtsein über den Beitrag unseres Gesundheitswesens zu erreichen.

---

## **Standortfaktor Gesundheitswesen in NRW als Beschäftigungsmotor sichern**

*Ein effizientes Gesundheitswesen ist "Teil der Lösung, nicht des Problems"*

**Herausforderungen und Chancen einer modernen Gesundheitspolitik**

# - Erläuterungen zur Erklärung der 6. Landesgesundheitskonferenz NRW -

## Gliederung

### I. Ausgangslage

### II. Gesundheitliche Herausforderungen

---

#### I. Ausgangslage

In unserer Gesellschaft und Wirtschaft vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel, mit dem verschiedene soziale Anpassungsprozesse einhergehen:

- Der **globale Wettbewerb** führt zu Strukturumbrüchen mit starken Arbeitsplatzverlusten in ganzen Industrieregionen und Wirtschaftssektoren. Hinzu kommt der derzeitige Trend zu einer eher kurzfristig ausgerichteten Unternehmenspolitik (shareholder value). Eine Destabilisierung des Arbeitsmarktes ist die Folge.
- Daraus resultieren einnahmebezogene Finanzierungsprobleme der **Sozialversicherung**, die zu einem Anstieg der Lohnnebenkosten führen. Daß die Finanzierungskrise im Gesundheitswesen bei sinkender Lohnquote primär durch die Einnahmeseite bedingt ist, läßt sich anschaulich anhand des seit Jahren im wesentlichen konstanten Ausgabeanteils für Gesundheitsleistungen am Bruttoinlandsprodukt und der dennoch kontinuierlich ansteigenden Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung belegen.
- **Sozialstruktur**, Beschäftigungsentwicklung und Altersaufbau der Bevölkerung wecken zunehmend Zweifel, inwieweit der **Generationenvertrag** auf Dauer noch tragfähig ist. Hiervon sind die Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Maße betroffen, die zum Teil seit über 110 Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung unserer Gesellschaft leisten.
- Darüber hinaus gibt es weitere gravierende Veränderungen im **Sozialgefüge** (erheblicher Rückgang der Kinderzahlen, Erhöhung des Anteils der Einpersonenhaushalte, insbesondere in Großstädten (zum Teil inzwischen 50 %), steigende Quote der Berufstätigkeit der Frauen, wachsende Frühberentung und abnehmende Pflegekapazität in den Familien). Die sozialstrukturellen und soziodemographischen Entwicklungen verändern auch die Art der Nachfrage nach gesundheitlichen, kommunikativen und pflegerischen Leistungen.
- Auch wenn eine wachsende Diskrepanz zwischen Arm und Reich und eine Zunahme von Armut, besonders bei jungen Ein-Eltern-Familien zu beobachten ist, fragen finanzstärkere Schichten - über die Sättigung der existenziellen (Grund-)Bedürfnisse hinaus - zunehmend Dienstleistungen aller Art nach.
- Trotz zu erwartender Nachfragesteigerungen in einigen Dienstleistungsbereichen in den nächsten Jahren wird es aufgrund des anhaltenden Ausbaus moderner Informations- und Kommunikationstechnologien einen weiteren **Arbeitsplatzabbau** insbesondere in Bereichen geben, die bisher zum Teil durch Wachstum gekennzeichnet waren (z.B. im Banken- und Tourismugewerbe). Hiervon wird auch

das Gesundheitswesen vor allem dort nicht ausgenommen sein, wo menschliche Arbeit durch Technik ersetzt werden kann.

- In innovativen gesellschaftlichen Bereichen (insbesondere bei den Medien, in innovationsbetonten Teilen des Gesundheitswesens, beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien etc.) besteht ein **überproportionales Wachstum**, das mit vielfältigen Risiken, insbesondere aber auch mit Chancen verbunden ist: Die Umsetzung der in diesen Bereichen bestehenden Möglichkeiten ist mit Steuerungs-, Verteilungs- und Finanzierungsproblemen verbunden, die nicht mit konventionellem Handeln zu lösen sein werden.

In der gegenwärtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussion werden vor allem die für die Sozialversicherung aufzubringenden Mittel als **Belastungen für die einzelnen Unternehmen und die Volkswirtschaft** als Ganzes thematisiert. Aufwendungen für die gesundheitliche Versorgung - finanziert über die Sozialversicherungen - belasten in der Tat das betriebswirtschaftliche Ergebnis der einzelnen Unternehmen und stellen somit eine Belastung im internationalen Wettbewerb dar. Entgegen diesen klar quantifizierbaren finanziellen Belastungen lassen sich die Leistungseffekte und Nutzen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur schwer darstellen, weil sie sich lediglich mittelbar in gesteigerter Produktivität zeigen.

Kurzfristig angelegte Kostensenkungsstrategien vernachlässigen, daß ein leistungsfähiges Gesundheitswesen als "**Wohlfahrtsfaktor**" entscheidend zur Stärkung von Leistungsfähigkeit und Kompetenzen der Arbeitnehmer, damit zu ihrer Produktivität und insoweit zur Wertschöpfung beiträgt (Stärkung und Mobilisierung der human resources).

Eine leistungsfähige, allen Bürgern gleichermaßen zugängliche gesundheitliche Versorgung in Deutschland ist daher auch volkswirtschaftlich unverzichtbar; der internationale wirtschaftliche Erfolg hängt insbesondere von den Kompetenzen und Fähigkeiten der Menschen ab. Sie trägt damit wesentlich zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts bei:

- Ein gesunder Mensch ist eher in der Lage, produktiv am Wirtschaftsprozeß teilzunehmen. Die hierdurch bedingte volkswirtschaftliche Wertschöpfung ist in die Gesamtkalkulation einzubeziehen und spiegelt sich auch in den in Deutschland vergleichsweise niedrigen Lohnstückkosten wieder.
- Kreativität und Leistungsbereitschaft der Bürger hängen von dem sicheren Gefühl ab, gegen ein zentrales Lebensrisiko ohne existenzielle Bedrohung abgesichert zu sein. Die sozialstaatliche Absicherung von Lebensrisiken - insbesondere Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit - hat zum sozialen Frieden in unserem Land entscheidend beigetragen.

Für die Standortdiskussion ist ferner die hohe Innovationsrate in einzelnen Sparten des Gesundheitswesens von Bedeutung. Diese Innovationen tragen wesentlich zur hohen Exportquote Deutschlands bei und befruchten andere Teile der Wirtschaft (weitere positive synergetische Effekte für den Arbeitsmarkt). Innovationen im Bereich der Medizin sind primär von großem Nutzen für die Patienten; Lebenserwartung und Lebensqualität werden erheblich positiv beeinflußt.

Unter dem Aspekt der Medizin als Motor technischer Forschung und Entwicklung sind vor allem die Gentechnik und die Biomedizin, die Medizintechnik (z.B. für neue Operationstechniken), die Entwicklung von Kommunikationstechnologien und Telemedizin, sowie die Arzneimittel- und Medizinproduktforschung und -entwicklung zu erwähnen.

Die qualifizierte gesundheitliche Versorgung in Deutschland hat direkte und indirekte Wirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft. Dazu zählen insbesondere:

### **Hochstehende Versorgung im Risikobereich Krankheit**

- flächendeckende Versorgung,
- Sicherstellungsgarantien in den verschiedenen Versorgungssektoren,
- im internationalen Vergleich in den meisten Bereichen niedrige Zugangsschwellen zu den gesundheitlichen Leistungen,
- keine relevanten Wartelisten, selbst bei hochwertigen Gesundheitsgütern,
- hohe Aufnahmefähigkeit für medizinische und pharmazeutische Innovationen in die Versorgung,
- hohe Ausbildungs- und Leistungsstandards.

### **Sicherung und Ausbau von Beschäftigung**

- Die **Wirtschaftskraft** des Gesundheitswesens im umfassenden Sinne in NRW bewegt sich in der Größenordnung von knapp 100 Mrd. DM.
- Das Gesundheitswesen im weitesten Sinne stellt mehr als 800.000 **Arbeitsplätze** in NRW.
- Das Gesundheitswesen leistet mit einem Anteil von 7,9 % der Ausbildungsplätze bezogen auf alle Wirtschaftsbranchen (zweithöchste Ausbildungsquote aller Wirtschaftsbranchen) einen entscheidenden Beitrag zur **qualifizierten Berufsausbildung** junger Menschen. Beispielhaft ist darauf zu verweisen, daß in NRW allein in der Altenpflege 12.500 Ausbildungsplätze angeboten werden.
- Seit 1984 sind in Nordrhein-Westfalen ca. 750.000 Arbeitsplätze im gesamten Dienstleistungsbereich neu geschaffen worden - dies bedeutet ein **Auffangen** erheblicher Anteile der in der Industrie **abgebauten Arbeitsplätze**. Die Entwicklung zu mehr Dienstleistung wird die Relation zwischen Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätzen weiter verschieben.

Die Beschäftigung im Gesundheitswesen ist durch besondere Merkmale charakterisiert.

Sie ist vom Charakter her vor allem persönliche Dienstleistung, die im "Nahverhältnis" stattfindet und damit örtlich/regional gebunden erfolgt. Die menschliche Arbeitskraft kann im Gesundheitswesen nur begrenzt durch Technik ersetzt werden, so daß hier der Einsatz moderner Informationstechnologien und damit die Auswirkungen beschäftigungsgefährdender Rationalisierungspotentiale begrenzt sind.

Durch die demographische Entwicklung und die Veränderung des Morbiditätsspektrums mit der relativen Zunahme chronischer Erkrankungen wird der Bedarf an Gesundheits- sowie vor allem Pflegeleistungen weiter zunehmen. Dies hat entsprechende Konsequenzen auf die Beschäftigungssituation in den betroffenen Bereichen. Die Veränderung sozialer Strukturen (zunehmende Vereinzelung, Auflösung traditioneller Beziehungsstrukturen) erfordert künftig verstärkte Angebote an Gesundheitsleistungen außerhalb der Familien.

Forschung und Innovation im Gesundheitswesen eröffnen Exportchancen und Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. So gehört z. B. die deutsche Pharmaindustrie, die in NRW sehr stark vertreten ist, seit Jahren zu den weltweit größten Arzneimittlexporteuren. Da auch zukünftige Fortschritte in Medizin und Technik im Gesundheitswesen wesentliche Bedeutung haben werden, erfordert dies auch in Zukunft eine hohe Qualifikation der Gesundheitsberufe.

Gesundheit hat bei den Bürgern einen hohen Stellenwert. Mit steigendem Gesundheitsbewußtsein und bei stabiler ökonomischer Lage kann die Nachfrage nach gesundheitlichen Dienstleistungen - zu nennen sind hier insbesondere die Stichworte Wellness und Fitness - überdurchschnittlich wachsen - mit den damit verbundenen positiven Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Allerdings gibt es deutliche schichtenspezifische Unterschiede, die sowohl das Gesundheitsbewußtsein als auch die finanziellen Möglichkeiten betreffen, über die Befriedigung unbedingt notwendiger Lebensbedürfnisse hinaus, Dienstleistungen nachzufragen.

## II. Gesundheitspolitische Herausforderungen

Das Gesundheitswesen unterliegt einem ständigen, teilweise bewußt gestalteten Wandel. Seine Aufgabe ist die Sicherstellung einer qualifizierten Versorgung in dem zentralen Risikobereich Krankheit bei grundsätzlich gleichen Zugangschancen für alle Bürger.

Die jüngsten Gesetze des Bundes zum Gesundheitsbereich führen für die Versicherten im Krankheitsfall zu deutlichen zusätzlichen finanziellen Belastungen und zu spürbaren Einschnitten im Leistungskatalog. Ziel muß die Erhaltung einer hochstehenden, solidarisch finanzierten gesundheitlichen Versorgung bleiben.

Die Herausforderungen der Zukunft für Politik und Selbstverwaltung lassen sich vor diesem Hintergrund wie folgt darstellen:

- Erhalt der **Solidarität** in der Gesetzlichen Krankenversicherung.
- Auf die **Effizienz** und **Zielgenauigkeit** gesundheitlicher Leistungen ist verstärkt hinzuwirken; Ansätze im Sinne einer "evidence based medicine" sind weiter zu entwickeln. Die gewünschten Beschäftigungseffekte der gesundheitlichen Versorgung können nur bei permanenten Effizienzsteigerungen und in enger Ausrichtung an der Aufgabenstellung eintreten.
- Die Leistungen des Gesundheitswesens haben sich stärker an den Bedürfnissen und Interessen der gesunden und kranken Menschen auszurichten. Diese sind bei einem sich wandelnden Rollenverständnis zwischen Arzt und Patient stärker als Mitwirkende einzubeziehen. Dazu zählt auch eine Stärkung der Kompetenz und Eigenverantwortung der Patienten.
- Die **Transparenz** des Leistungsgeschehens im Gesundheitswesen muß - auch unter Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien - erhöht werden.
- Die **Sicherung der Qualität** der Struktur, Prozesse und Ergebnisse ist in gemeinsamer vorrangiger Verantwortung der jeweiligen Professionen und Institutionen weiter auszubauen.

- Die **Integration** und die **Kooperation** der gesundheitlichen Dienstleistungen müssen mit dem Ziel verbessert werden, die Behandlungskontinuität für den Patienten herzustellen. Dazu existieren eine Reihe von aus dem Gesundheitswesen heraus erarbeiteten Abstimmungs- und Organisationsformen.
- In allen Politikfeldern ist das Thema Gesundheit präsent zu halten. **Politikbereichsübergreifende Fragen** sind gemeinsam zu klären, z.B. im Rahmen einer angemessenen Sozial-, Familien-, Verkehrs-, Bildungs-, Ernährungs- und Umweltpolitik. Das Gesundheitswesen allein ist nicht in der Lage, Gesundheit zu "garantieren".
- Gesundheitspolitisches Handeln ist durchgängig verstärkt präventiv zu orientieren. Hierfür sind die Voraussetzungen im Gesundheitswesen zu verbessern.
- Durch geeignete Maßnahmen sind diejenigen **sozialen** und **ehrenamtlichen Kräfte** zu stärken, die eine Ergänzung zu den solidarisch finanzierten und professionellen Dienstleistungen darstellen.
- Die gesetzlich legitimierten Institutionen müssen entscheiden, was Patienten und Versicherte von einer solidarischen Krankenversicherung erwarten dürfen.
- Angesichts steigender Arbeitslosigkeit, höherer Altersanteile an der Gesamtbevölkerung und einer sinkenden Lohnquote liegt das aktuelle Finanzierungsproblem zu großen Teilen auf der Einnahmeseite der GKV (Finanzierungsimplosion). Deshalb wird es notwendig sein, in Abwägung zwischen den Wohlfahrtswirkungen und den ökonomischen Belastungen angemessene zukunftsorientierte Finanzierungsmodalitäten zu finden. Die bisherige Finanzierung wird in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung (u.a. Koppelung am Einkommen aus unselbständiger Arbeit) kaum auf unabsehbare Zeit tragen, insbesondere wenn es nicht gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern. Allein in den Jahren 1982 bis 1994 sank nämlich die Lohnquote (NRW) von 77,5 % auf 69,1 %. Auf dem Niveau der Lohnquote von 1982 läge der Beitragssatz der GKV bei 11 %.

#### Zukünftige Finanzierungsmodalitäten müssen

- die Belastungen für Versicherte und Arbeitgeber (Lohnnebenkosten) begrenzen,
- auf der Beitragsseite bei allen Mitgliedern ansetzen und dürfen nicht die Kranken durch Zuzahlung weiter belasten,
- das Interesse und die Verantwortung aller am Wirtschaftsleben Beteiligten (auch der Arbeitgeber und Unternehmer) für eine Finanzierbarkeit der Beiträge erhalten,
- die Belastung der Mitglieder der GKV durch Beiträge in Orientierung an der Einkommenssituation sozialverträglich erhalten. Diese Sozialverträglichkeit ist letztlich erst nach Saldierung aller Einnahmen, Be- und Entlastungen durch Beiträge, Steuern und öffentliche Transfers feststellbar.
- die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß bei einer Ausweitung der Nachfrage nach gesundheitsbezogenen Leistungen und entsprechendem Ausbau der Dienstleistungen dem Wunsch nach mehr Individualität Rechnung getragen und zugleich eine Aushöhlung des Solidarprinzips vermieden werden kann.

Die beschriebene Ausgangslage und die abgeleiteten gesundheitspolitischen Herausforderungen machen deutlich, daß die Rolle des Gesundheitswesens in einer sich wandelnden Gesellschaft und seine Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt - und damit auch für den Standort Deutschland - differenzierter wahrgenommen werden müssen.

Insoweit muß sich ein Bewußtseinswandel vollziehen, der berücksichtigt, daß das Gesundheitswesen nicht in erster Linie eine Belastung für die Volkswirtschaft darstellt, sondern die positiven Effekte für Wirtschaft und Gesellschaft überwiegen.

Zugleich gilt es, die aufgezeigten Herausforderungen zu bewältigen. Hier sind die Verantwortlichen in Gesundheitswesen und Politik gefordert. Die in der Landesgesundheitskonferenz vertretenen Organisationen und Institutionen sind bereit, ihre Anstrengungen zu verstärken, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu erhalten und die positiven Beschäftigungswirkungen zu fördern.